

Bern, 22. September 2009

Medienmitteilung

Verantwortung übernehmen für sichere Sozialwerke Parteipräsidenten geeint für ein JA zur befristeten IV-Zusatzfinanzierung

Die Parteipräsidenten von FDP.Die Liberalen, SP, CVP, Grüne, BDP, glp und EVP rufen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gemeinsam auf, diese3n Sonntag JA zur befristeten IV-Zusatzfinanzierung zu stimmen. Die Gründe für ein JA so vielfältig, wie die Koalition breit ist. Gemeinsam ist das Ziel: Die beiden wichtigsten Sozialwerke in unserem Land, die AHV und die IV, mittelfristig zu stabilisieren und die Renten zu sichern. Die befristete IV-Zusatzfinanzierung ist ein unverzichtbarer Schritt der Verantwortung gegenüber Älteren und sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft.

Die Lage der IV ist desolat, in der Vergangenheit wurden Fehler gemacht und zugelassen. Doch diese Zeiten sind vorbei. Mit der 4. und 5. IV-Revision wurde seit 2004 in wenigen Jahren die Trendwende erreicht. Das IV-Defizit ist rückläufig. Seit 2003 wurden 46% weniger Neurenten gesprochen und es gilt „Nulltoleranz gegenüber Betrug“. Doch leider ist damit die IV noch nicht saniert, und ihre Leistungen sind noch nicht gesichert. Es braucht weitere Schritte auf dem Reformpfad.

Die befristete IV-Zusatzfinanzierung ist ein Versprechen aus der Abstimmung über die 5. IV-Revision, das es nun zu halten gilt.

Die IV-Zusatzfinanzierung ist nach zwei Reformen mit dem Hauptziel „Eingliederung vor Rente“ die nächste Etappe im IV-Reformplan. Durch die siebenjährige Zusatzfinanzierung erhält die IV die notwendige Zeit, um sich auf die nächsten Reformschritte vorzubereiten, die zum Teil bereits in der Vernehmlassung sind. Ohne diese Übergangsfinaanzierung droht ein Scherbenhaufen für alle Beteiligte. Die IV-Rentner müssten unsoziale Rentenkürzungen um bis zu 40% befürchten. Die Pensionäre müssten sich mittelfristig um ihre Altersrenten Sorgen machen, da der AHV-Fonds weiterhin für die IV-Defizite aufkommen müsste.

Diese Unsicherheit mit sozialen und wirtschaftspolitischen Gefahren wollen FDP, CVP, SP, Grüne, BDP, glp, und EVP nicht. Gerade in der heutigen Wirtschaftslage wäre eine solche Situation desaströs. Vertrauen wird als einer der zentralen Schlüssel zur Bewältigung der Wirtschaftskrise angesehen. Eine Entflechtung von AHV und IV sowie die IV-Zusatzfinanzierung bringen mehr Sicherheit, Verlässlichkeit und Tragbarkeit für unserer Sozialwerke.

Auf diesem Reformpfad der Verantwortung haben sich Bundesrat und Parlament, alle nationalen Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften, die Behindertenorganisationen, zahlreiche weitere Organisationen sowie FDP, CVP, SP, Grüne, BDP, glp, und EVP geeinigt. Aus Verantwortung gegenüber unseren beiden wichtigsten Sozialwerken AHV und IV, auf deren Stabilität die Bürgerinnen und Bürger vertrauen, empfehlen alle einhellig ein JA am 27. September!

Kontakte:

Nationalrat Fulvio Pelli, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 230 02 03

Nationalrat Christian Levrat, Präsident SP, 079 240 75 57

Nationalrat Christophe Darbellay, Präsident CVP, 079 292 46 11

Nationalrat Ueli Leuenberger, Präsident Grüne, 079 254 16 59

Nationalrat Hans Grunder, Präsident BDP, 079 300 29 87

Nationalrat Martin Bäumle, Präsident Grünliberale, 079 358 14 85

Heiner Studer, Präsident EVP, 079 445 31 70

Heinz Frei, Sportreferent und mehrfacher Goldmedaillengewinner Paralympics, Komitee ProIV, 079 345 23 55

Stefan Brupbacher, Generalsekretär FDP.Die Liberalen, 031 320 35 35, 079 789 13 81